

Annoncen-  
Annahme-Bureau.

In Posen außer in der  
Exposition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17.)  
bei E. J. Alric & Co.  
Breitestraße 20,  
in Grätz bei J. Streifand,  
in Reserich bei H. Matthias,  
in Breschen bei J. Jadesohn.

Annoncen-  
Annahme-Bureau.

In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei E. J. Daube & Co.,  
Hanselstein & Vogler,  
Kudolph Hoffe.  
In Berlin, Dresden, Göttingen  
beim „Invalidendank“.

# Posener Zeitung.

Einundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 44.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt  
vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4/5 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Reichs  
sich an.

Freitag, 18. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren  
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

27. Sitzung.

Berlin, 17. Januar. Am Ministertische: von Scholz, Dr. Friedberg.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr.  
Der Abg. Kropf (36. Hannover) ist gestorben; die Mitglieder  
des Hauses erheben sich auf Aufforderung des Präsidenten das An-  
denken des Verstorbenen zu ehren, von ihren Sitzen.

Abg. Windthorst feiert heute seinen 72. Geburtstag. Auf  
seinen Platz ist von seinen Fraktionsgenossen ein großer Blumenstrauß  
niedergelegt worden.

Die General-Diskussion der Steuergesetze wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Kropatsch: Abg. Richter ist der einzige Redner  
gewesen, der völlig gegen die Vorlage sich ausgesprochen hat. Dieser  
Abgeordnete hat wieder die Verantwortung für die fortschrittliche  
Presse von seiner Fraktion abzuschütteln versucht; ebenso hat Herr  
Richter seine Presse desavouiert. Ich freue mich, konstatieren zu  
können, daß also zwischen den liberalen Parteien im Hause und  
der liberalen Presse bezüglich der Frage der Belastung des Grund-  
besitzes eine Verschiedenheit besteht. — Zu der Vorlage selbst über-  
gehend, will ich selbstverständlich nicht behaupten, daß sie in  
allen Beziehungen meinen Wünschen entspricht — im Ganzen aber  
kann ich mich freudig mit der Vorlage einverstanden erklären.  
Gleich der Mehrzahl meiner Fraktionsgenossen bin auch ich für Weg-  
fall der 3. und 4. Steuerstufe; für die Deklarationspflicht der Arbeit-  
geber über das Einkommen ihrer Arbeiter; ich kann die Bedenken, die  
Abg. Richter dagegen geltend gemacht hat, keineswegs theilen. Anders  
steht es mit den gegen die Schmälerung des Wahlrechts geäußerten  
Bedenken; diese erkenne ich und bin entschieden der Meinung, daß ein  
Weg gefunden werden muß, eine solche Beeinträchtigung zu vermeiden.  
— Wenn Abg. Richter sich beklagt hat, daß den Kommunen Köln und  
Breslau die Genehmigung zur Aufhebung der unteren Klassen nicht  
gestattet worden, so stellt er jetzt plötzlich für seine Partei eine Forde-  
rung auf, die früher von den Konservativen ausgegangen und von der  
Fortschrittspartei bekämpft worden ist. Herr Abg. Richter zeigt einen  
Tanuslopf — das eine Antlitz wendet er mit den kleinen Leuten zu und  
verspricht ihnen Steuererleichterung, das andere den Kapitalisten, die  
er vor Belastung schützen will. Herr Richter hat dem Abg. Wagner  
gestern ironisch zugerufen: „Ja, hier sitzen die Geldsäcke.“ Nein, meine  
Herren, das nicht, aber hinter ihm sitzen die Geldsäcke, die Fortschritt-  
ler, die Kapitalbesitzer sind. (Heiterkeit rechts.) Eine baldige Verringe-  
rung der Kommunalsteuern wünsche ich entsprechend dem früheren Antrage  
v. Hammerstein auf's Dringendste. Ich beantrage Ueberweisung der  
Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern, welche auch diese  
Frage der Kommunal-Regelung vielleicht wird erledigen können. Die  
konservative Partei ist für die Vorlage, das Zentrum und die Natio-  
nalliberalen haben sich nicht prinzipiell dagegen ausgesprochen, nur die  
Fortschrittspartei ist entschieden dagegen. Die wahren Fortschrittler  
sitzen freilich rechts und in der Mitte des Hauses, nicht auf der Linken.  
Die Partei, die dort sitzt, ist nach dem Ausspruche des Literaturhis-  
torikers Brandes, trotzdem er mit ihr sympathisiert, zu unpolitisch, zu kurz-  
sichtig. (Beifall rechts.)

Generalsteuer-Direktor Burghardt: Die Regierung hat nicht  
das Bedürfnis auf die Vorlage, die von den verschiedenen Seiten  
des Hauses gemacht worden sind, schon jetzt einzugehen. Es hat keinen  
Sinn, solche Vor schläge zu diskutieren, bevor sie formuliert worden sind.  
Wir können ihre Formulierung in der Kommission abwarten — ein Theil  
der Vor schläge wird an dem Versuch der Formulierung vielleicht schon  
zu Grunde gehen. Ich bemerke nur noch, daß der Herr Finanzminister  
bereits deutlich gewisse Grenzen bezeichnet hat, über die hinaus eine  
Veränderung nicht mehr möglich, doch sollen alle Wünsche, soweit es  
irgend möglich, seitens der Staatsregierung Berücksichtigung finden.  
— Die Einwendungen, die gegen die Erlassung der 3. und 4. Stufe  
gemacht worden sind, kann ich zum Theil ja als ganz natürlich be-  
zeichnen, aber sie sind eben gegen jedes Steuersystem zu erheben, so  
z. B. die Frage über das plötzliche Springen der Steuer von 0 auf  
12 Mark. Der Einwand, man könne mit dieser Befreiung nicht auf  
Dank rechnen, ist gleichfalls richtig — aber kann man denn in Steuer-  
sachen überhaupt jemals auf Dank rechnen? (Heiterkeit.) Aufmerksam  
machen aber möchte ich Sie doch darauf: Sie dürfen sich nicht auf  
den Standpunkt stellen, als ob Sie die Vorlage ohne die Erlassung  
der 3. und 4. Stufe annehmen könnten. Nein, ohne Aufhebung der  
3. und 4. Stufe auch keine einheitliche Einkommensteuer. Die Vorlage  
ist ohne den Wegfall der 3. und 4. Stufe unmöglich. Die Klagen  
wegen Beschränkung des Wahlrechts durch diese Vorlage, sowie darüber,  
daß den Kommunen dadurch neue Lasten aufgelegt werden würden, dürften  
durch die Behandlung in der Kommission ihre Erledigung finden.  
Es können wohl Mittel getroffen werden, um solchen Konsequenzen  
der Vorlage, deren Vermeidung in demselben Maße wie sie auch die  
Regierung wünscht, vorzubeugen. Die früher oft gemachten Ein-  
wendungen, es sei gegen die staatsbürgerliche Würde eines Mannes,  
keine Klassensteuer zu zahlen, scheinen mir übrigens losgeworden  
zu sein (Heiterkeit), sie sind nicht mehr gemacht worden. — Den  
Ausweg, den man vorgeschlagen hat, um einer doppelten Besteuerung  
der Aktiengesellschaften vorzubeugen, kann ich als praktisch ausführbar  
nicht anerkennen. Man hat gestern hier vorgeschlagen, es soll die auf  
Aktiengesellschaften erhobene Steuer dann den betreffenden Aktienbe-  
sitzen bei der Einkommensteuer gut geschrieben werden. Wollte man  
dies verwirklichen, so müßte man einen Termin für diese Reklamationen  
der Aktienbesitzer feststellen und dann die sehr bedeutende Arbeit  
vornehmen. Aber wissen wir denn, wie lange jemand Aktien für sich  
besitzt? Würde es da nicht ein besonderes Geschäft werden, zu diesem  
Termin Aktien zu reklamieren zu liefern? Einen solchen Uebel-  
stand können wir doch nicht herbeiführen wollen. Die Einwände gegen  
die Deklarationspflicht der Arbeiter scheinen mir wenig gerechtfertigt.  
Schon jetzt legt das bestehende Gesetz den Gemeindevorständen, den  
Einkommenskommissionen zc. auf, mit allen Mitteln sich über das Ein-  
kommen und die Vermögensverhältnisse der Jenigen zu informieren.  
Bisher haben die Vorstände von Privateisenbahnen, Instituten zc. be-  
reitwillig solche Anfragen beantwortet. Der Antrage ist aber recht-  
los, wenn die Auskunft verweigert wird. So erscheint ein Zwang zu  
dieser Auskunftserteilung doch notwendig und nur als eine Fixierung  
der bestehenden Gewohnheit. — In Bezug auf die Banksteuer waltet  
vielfach hier ein Mißverständnis. Es handelt sich gerade darum, den  
Bankgeschäften eine erträgliche Behandlung zu gewähren. Abgeordneter

Hobrecht hat gesagt, die Banksteuer gehört nicht in dieses Gesetz.  
Das muß ich bestritten, denn dieser Gesetzentwurf handelt doch gerade  
von der Besteuerung des Einkommens, das aus dem Kapital gewon-  
nen wird. Wollen Sie dieser Banksteuer nicht zustimmen, so wer-  
den die Bankiers einfach als Kapitalisten besteuert und werden dann  
doch viel schwerer getroffen. Das Umgekehrte würde geschaffen wer-  
den, wenn man die Bankiers unter die Gewerbesteuer stellt. Denn  
dann würden wiederum die Kapitalisten gut thun, kleine Bankgeschäfte  
zu eröffnen, um sich dadurch eine geringere Besteuerung ihres Kapitals  
zu sichern. — Auch die Forderung einer auf alle Klassen sich erstrecken-  
den Deklarationspflicht hat ihr Bedenkliches. Die Zahl der falschen  
Selbsteinschätzungen ist sehr groß; nicht aus bösem Willen in erster  
Reihe, sondern zumeist aus Unfähigkeit, die Einkommenverhältnisse zu  
übersehen. Es ist also nicht allein, wie Abg. Hobrecht gesagt, eine  
Probe auf den Charakter, sondern auch auf die Einsicht des Volkes.  
In Ländern mit allgemeiner Deklarationspflicht, wie in Süddeutsch-  
land, kommen tausende von Prozessen in Folge unrichtiger Selbstein-  
schätzung vor. Die allgemeine Deklarationspflicht würde wieder eine  
Unmasse von Berufsbeamten zur Prüfung der Deklarationen erfordern.  
All' dies spricht gegen die Einführung dieser Maßregel. — Daß in  
einer einheitlichen Einkommensteuer nicht alle Bestimmungen alle er-  
freuen können, ist natürlich und darf Sie nicht gegen die Vorlage ein-  
nehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Bachem: Trotz mancher Bedenken darf man den gesunden  
Kern, der in der Vorlage steckt, nicht übersehen. Es ist hohe Zeit, daß  
die Progressiv-Einkommensteuer in unser Gesetz endlich Eingang findet.  
Mit der Einführung der Progression wird ein dringendes Bedürfnis  
befriedigt. Immer mehr wird die Existenz der mittleren und kleineren  
Kreise durch das große Kapital geschädigt, ist z. B. in Köln in zehn  
Jahren trotz Bevölkerungszunahme in der 3. Klasse ein großer Rück-  
gang, in der 3. Klasse um mindestens 200 Personen erfolgt. Es muß  
doch ein anderer Maßstab angelegt werden, je nachdem das Einkommen  
nur nothdürftig genügt oder einen Ueberfluß schafft. Deshalb halte  
ich prinzipiell die Befreiung der 3. und 4. Stufe für nicht ungerecht-  
fertigt, wiewohl ich die vom Kollegen v. Schorlemer vorgebrachten Be-  
denken theile. Derselbe Abgeordnete hat auch mit Recht vorgeschlagen,  
den aus der Kapitalrentensteuer fließenden Ueberfluß den Kommunen  
zu überweisen. Ich glaube sogar, daß diese Vorlage auf das Kom-  
munalsteuerverwesen günstig wirken wird. Die Progression bezüglich der  
Staatssteuer wird die der Kommunalsteuer nach sich ziehen. Es wer-  
den die potenten Kreise dann einem ganz anderen und verständigeren  
Maßstabe unterliegen als jetzt und da sie selbst doch zumeist die Leitung  
der Kommunen in der Hand haben, werden sie endlich zur Sparsamkeit  
sich veranlaßt sehen. Man hat in den Stadtverwaltungen jetzt die  
Sparsamkeit sehr verlernt und auch in den Landgemeinden wird  
besonders im Schulwesen zu viel ausgegeben. Jeder Besuch des Schul-  
inspektors z. B. kostet mancher Gemeinde 1000 M. — Die süddeutschen  
Staaten sind radikal zu Werke gegangen, als es die Vorlage will.  
Es sind sogar die Prinzipien der Personalsteuer unterworfen. (Hört,  
hört.) — Ueber die Wahrung des Wahlrechts müssen wir um so eifer-  
stichtiger machen, als das Dreiklassenwahlrecht doch überhaupt schon  
eine Verkümmern des Wahlrechts bedeutet. — Ich wünsche, daß  
alle Faktoren ihre auf dem Steuergebiete thätigsten Mitglieder in die  
Kommission senden, damit die Vorlegung aufs beste durchgearbeitet  
und zur endlichen Abstellung drückender Mißverhältnisse verwandt wer-  
den können. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Cremer: Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, zu dieser  
Materie zu sprechen. Doch das Schicksal und Herr Richter haben es  
anders gewollt — ich füge mich darin. Ich habe freilich nur wenig  
Stoff; was Herr Richter gesagt, ist von Herrn Dr. Wagner bereits  
berichtet worden. Die Rede des Abg. Richter war sehr lang, kam  
aber über allgemeine Redensarten nicht hinaus, und endlich sagte sie  
den Ministern viel Unangenehmes. Mir war die Rede nicht mehr sehr  
neu; Herr Richter hat sie schon in Nordhausen gehalten. — Nur  
gegen den einen Vorwurf des Redners will ich mich wenden, gegen  
den Vorwurf nämlich, den er aus der Deklarationspflicht der Regie-  
rung gemacht hat. Hier in Berlin besteht diese Deklarationspflicht  
schon in hohem Maße. Also Herr Richter, der politische Paletot, in  
dem Sie spazieren gehen, ist denn doch bereits so abgetragen, daß nur  
noch die Knopflöcher übrig sind (Heiterkeit rechts). Ich halte die Vor-  
lage für den Beginn eines Umbaus unseres Steuerwesens. Früher  
war der Grundbesitz die eigentliche Grundlage; jetzt ist dies anders  
geworden, das mobile Kapital ist es jetzt, das den meisten Werth hat.  
Deshalb ist die Kapitalrentensteuer so wichtig. Zur Veranlagung ge-  
nügt es aber nicht, das mutmaßliche Einkommen zu fixieren, sondern  
um die großen Kapitalien zu treffen, bedarf es einer sehr genauen Ein-  
schätzung. Ich habe den Eindruck, als ob die Schmälerung für direkte  
Steuern nur der Ueberzeugung entspricht, daß man dabei sich am  
meisten der richtigen Besteuerung entziehen kann — ich möchte diesen  
Standpunkt einen Portemonnaie-Patriotismus nennen. Man muß doch  
annehmen, daß die Mehrzahl der Bürger aus anständigen Leuten besteht  
und deshalb würde eine allgemeine Deklarationspflicht doch von Nutzen  
sein. — Ich komme nun zu einem anderen Punkte. Wenn Herr  
Richter oder Herr Richter von Beamten-Korruption spricht, dann steht  
in den Berichten, sehr richtig, links. Spreche ich aber davon, daß  
die Korruption sich auch auf städtische Beamte erstreckt, dann erhalte  
ich Zuschriften mit der Aufschrift „Sie fauler Kopp, Sie, mit Ihrer  
foddrigen Schmause“ (Große Heiterkeit). Ein Herr der Einkommens-  
kommission hat mit seiner Namenunterchrift erklärt, er wolle „Kon-  
fession Cremer“ persönlich antworten. Was soll diese Sprache einem  
Abgeordneten gegenüber? (Heiterkeit links.) Man wollte mich zu un-  
überlegten Aeußerungen außer halb dieses Hauses verleiten und mich  
dann wegen Beleidigung verklagen. Aber so naiv bin ich nicht, ich  
bringe die Sache hier zur Sprache, wo sie hingehört. Ein konservativer  
Fabrikant z. B. ist um das Doppelte von der fortschrittlichen Kom-  
mission eingeschätzt worden, nachdem er gegen einen israelitischen Herrn  
Kondir hat. Auf seine Reklamation mußte die Einschätzung wieder  
umgeändert und verringert werden. Ein hiesiger Beamter wird kon-  
servativ, ja sogar Vorsteher eines konservativen Bezirksvereins. Dar-  
auf wird er von der ersten in die vierte Stufe gesetzt und erst auf  
seine Reklamation kommt er in die zweite. Ein hiesiger Bankbeamter  
hat sich der Bürgerpartei angeschlossen und wird dann sofort höher  
eingeschätzt. Ein hiesiger Künstler, der das Unglück hat antisfortschrit-  
lich zu sein, wird höher eingeschätzt (Heiterkeit links, Rufe Namen!)  
Herr Richter wären alle Ihre Behauptungen so fundirt, wie die meinen,  
es stände besser um Sie. (Beifall rechts.) Das steht doch fest,  
diese Sachen sind so gravierend, daß sie hier zur Sprache  
kommen müssen. Sie rühren daher, weil konservative Leute in

den Einkommenskommissionen nicht gelitten werden. Nach den  
letzten Wahlen sind wieder mehrere konservative Einkommens-  
mitglieder entfernt worden (Namen nennen! links). O so  
naiv bin ich nicht, weil ich diese Leute nicht noch mehr in die Tinte  
bringen will. (Unruhe; Ruf links: Er fürchtet sich!) Mich mag man  
in jedem Punkt verleumben, aber feige bin ich gewiß nicht! Ich habe  
nicht die Absicht, hier Grüberreden zu halten und Namen zu brand-  
marken nur von den gegnerischen Parteien. (Große Unruhe links.)  
Ein konservativer Herr ist seit sechs Jahren Mitglied der Kommission  
gewesen, er schreibt mir, die Kommissionsmitglieder schätzen sich selbst  
sehr niedrig ein. (Hört! hört! rechts. Abg. Richter ruft: Und  
der Mann heißt? Unruhe.) Das geht Sie heute nichts an. Ich ver-  
sichere hier vor dem Lande, daß ich sämtliche Namen besitze. Genügt  
Ihnen das noch nicht? (Abg. Richter ruft: Nein! Große Unruhe.)  
Der Präsident bittet um Ruhe.) Noch mehrere Fälle könnte ich  
hier vorführen. (Rufe links: Thun Sie's doch!) Ich hatte also Recht  
zu meinen Aeußerungen vom 6. Dezember. Vorgelesen hat in der  
„Pos. Zeitung“ eine Erklärung des Regierungsraths Meinen von der  
Kgl. Direktion der direkten Steuern gestanden, in welcher beheimt  
wird, daß meine Angriffe gegen die Berliner Einkommenskommissionen un-  
richtig seien. Diese Erklärung bedeutet nichts; ich hätte gewünscht,  
man hätte erst meine weiteren Ausführungen abgewartet. Aber warum  
hat Herr Meinen sich so beeilt? Man hat mir gesagt, der Herr besitze  
ein großes Vermögen — eingeschätzt sei er aber nur in Höhe seines  
Staatsgehaltes. Ich lege diesem Umstande aber ebenso wenig Bedeu-  
tung bei, wie jener Erklärung in der „Pos. Zit.“ Ich schließe damit,  
daß ich mein Beneidmaterial zur Verfügung stellen will, jedoch nur  
soweit, daß den Betreffenden eine Benachtheiligung nicht daraus er-  
wachsen kann. (Rufe: Aha!) Ich bin für Ueberweisung der Vorlage  
an eine Kommission von 21 Mitgliedern. (Beifall rechts, Bischen  
links.)

Abg. Richter: Wenn ich aus den letzten Ausführungen des  
Abg. Cremer den Schluß ziehen dürfte, daß die Herren dort mit einer  
solchen Art des Vorgehens und der Angriffe von Leuten, die nicht  
einmal genannt werden, einverstanden sind, so stände es in der That  
mit unferen parlamentarischen Verhandlungen schlecht. Ich hoffe indes,  
daß dies Verfahren auch dort so beurtheilt wird, wie es zu beurtheilen  
ist, und daß Sie in Herrn Cremer bringen werden, daß er seiner  
Pflicht genügt und auch die nennen, die er benachtheiligt meinte.  
(Sehr richtig links.) Der Abg. Cremer hat 4 oder 5 Fälle genannt,  
ohne jede Angabe des Namens oder Bezeichnung einer der 172 vor-  
handenen Berliner Einkommenskommissionen. In der Öffentlichkeit  
wird natürlich nun die Meinung entstehen, daß dieses geringe Ver-  
fahren in allen Kommissionen gang und gäbe ist. Hat aber der Herr  
Abgeordnete auch gefragt wie viel Fortschrittler unter den (sehr  
richtig, links). Mir theilt der Abg. Jelle eben mit, daß auch er auf  
einmal 3 Stufen in die Höhe gerückt sei. Und andererseits ist mir  
Aehnliches von dem Landrath meines Kreises zugeflossen. Immerhin  
hoffe ich, daß die Bevölkerung noch gesunden Sinn genug haben wird,  
um durch derartige Aeußerungen ihr Urtheil über die in freier Selbst-  
verwaltung ihres Amtes wartenden Organe Berlins nicht beeinflussen  
zu lassen. — Auffallend war mir, daß der Herr Minister, der, wie  
mir schien, doch der Rede des Herrn Cremer sehr aufmerksam zu-  
hörte, diesen Angriffen auf einzelne Beamte gegenüber so ruhig  
blieb, während er doch sonst, wenn so ein armer Regierungspräsi-  
dent oder Landrath angegriffen wird, doch sogleich zu seinem Schutze  
aufrückt. Wenn Herr Cremer auch bei dieser Gelegenheit unter einer  
sehr leicht verständlichen Findeutung auf einen leider zu früh verstor-  
benen Freund, dessen Andenken in diesen Tagen von allen Parteien  
als das eines Patrioten von edler Einfachheit und Integrität des  
Charakters, so thut, als ob die Grüberdebatte, die mein verstorbenen  
Freund Laster geführt hat (oho, rechts), an dem Punkt abgebrochen  
ist, wo er sah, daß politisch anders gesinnte Männer auftraten, so  
widerstrebt es meinem Gefühl, darauf einzugehen (sehr richtig! links).  
Was die Resolutionsfrage anlangt, so will ich nur nochmals hervor-  
heben, daß meine Freunde und ich im vorigen Jahre derselben nicht  
zugestimmt haben. Aber mit den Ausführungen des Herrn Ministers  
über dieselbe kann ich mich um so weniger einverstanden erklären, als  
der Abg. Hobrecht klar und deutlich hervorgehoben hat, daß es auch eine  
andere Sprache giebt, als die der Herr Minister zu führen gemohnt ist.  
Ueberhaupt hege ich die Hoffnung, daß das ganze Resolutionswesen  
nicht zum Nachtheil für unser Parlament ein wenig geringere Dimen-  
sionen annehmen wird; denn die Gegner bemächtigen sich derselben  
nur, um daraus ganz andere Gesetze zu machen. — Wenn ich nun  
das Resultat dieser ganzen breitläufigen Debatte übersehe, so scheint mir  
von der ganzen Vorlage eigentlich nichts übrig geblieben zu sein.  
Jeder hat etwas zu tadeln, und nur der Abg. Wagner hat erklärt,  
wenn nicht anders, genieße er das Gesetz mit Haut und Haare. (Weiter-  
keit.) Aber wie soll auch eine Regierung, die einen ganz andern Stand-  
punkt vertritt als wir, eine Vorlage machen, die der Majorität entspricht!  
Vielleicht aber würde, wenn wir es pessimistisch ansehen, die Regierung  
es gar nicht für ein Unglück halten, wenn die Vorlage scheitert; dann  
kame man ja auf die indirekten Steuern, das eigentliche Programm  
des Ministers zurück. Wunderbar aber ist es, daß die Rechte ihren  
ganz Unmuth über die Vorlage im Hause auf die Linke hinüberschieft.  
Was sollen Schlagworte, wie Kapitalistenpresse, Schlepptau der Börse,  
und wenn Herr v. Rauchaup mir und der „Nationalzeitung“ den  
Vorwurf macht, wir wollten dem Grundbesitz neue Lasten auflegen,  
was soll das, wenn selbst der Abg. Reichensperger hier so sehr für das  
Kapital eintritt. Da könnte man auch sagen, die Herren sind im  
Schlepptau der Börse. (Hört! links.) Was gewinnt nun der Landwirth  
in dieser Kapitalrentensteuer? Zunächst, wie ein Konservativer aus-  
geführt hat, wird er zu höheren Lasten herangezogen. Aber er braucht  
auch Kapital und Börse, und wenn es gelingen sollte, dieses Gesetz  
zur Annahme zu bringen, so würden Sie sich über die Masse Kapital  
wundern, die aus der Landwirtschaft deklarirt wird. Auf diese  
Belastung der Landwirthe hat zuerst der Fortschrittsmann Eugen  
Richter hingewiesen und Herr v. Jeditz hat Recht, daß durch den  
Erlaß der 3. und 4. Stufe der Grundbesitz betroffen werde. Herr  
v. Rauchaup würde nun aus der „Nationalzeitung“ erfahren haben,  
daß dieselbe nicht den bauerlichen, wohl aber den Großgrundbesitz zu  
dieser Steuer heranziehen will; an den kleinen Grundbesitz denkt dabei  
Niemand auf dieser Seite des Hauses. Ist es denn weiter so un-  
gerechtfertigt, wenn die „Kapitalistenpresse“ verlangt, daß der Be-  
trag der Pacht ebenfalls herangezogen werden soll? Die Ein-  
ziehung derselben macht doch durchaus keine Arbeit, und ich selbst,  
der ich einige Grundstücke verpachte, würde von der Kapitalrentensteuer  
nicht betroffen werden, also einen ungerechtfertigten Vortheil haben.



1871 haben die Herren Grundbesitzer 30 Millionen Entschädigung erhalten, um aus deren Zinsen die Grundsteuer zu zahlen, und nun soll dieses Kapital gar nicht in Frage kommen? Generaldirektor Burghardt hat heute selbst eine vernichtende Kritik über das Deklarationssystem ausgesprochen; weshalb bringt die Regierung denn eine Deklaration in Vorschlag? Als wir heute alle eine Begründung derselben erwarteten, setzte sich der Herr Regierungskommissar plötzlich nieder und erklärte nur: übriges wäre nicht alles in der Vorlage gut. Das glaube ich, war doch der schlimmste Angriff gegen dieselbe. (Sehr richtig! links.) Der Herr Minister hat auch betreffs der Art der Einschätzung gesagt, die Landräthe wären zwar gar nicht im Stande dieses Material zu bewältigen. Nun, deren diskretionäre Gewalten sind schon groß genug und ich glaube, daß, wenn sie noch etwas auf ihr Amt halten, wird ihnen die Arbeit, so tief in die intimsten Verhältnisse einzudringen, sehr bedenklich erscheinen. Was die Einkommensteuer endlich anlangt, so hat der Kommunalsteuer-Entwurf vor 3 Jahren genau dieselben Grundsätze bekräftigt, die der Generalsteuerdirektor Burghardt heute vertreten hat. Und nun sehen wir, daß mit genau derselben Wärme und Hingebung wie damals, heute das Gegentheil empfohlen wird. (Hört, hört! links.) Wenn wir unsere eigentlichen Interessen wahrnehmen wollten, so scheint mir, könnten wir einen Erlaß der kleinen Summen von vielleicht 6 M. Klassensteuer auf bessere Weise erlangen, indem wir nämlich unsere Remunerationen abkürzen. Um diese 6 Mark aber sind die indirekten Steuern so erhöht, das Doppelte und Dreifache wieder herauskommt. (Widerspruch rechts.) Das haben wir nicht gewollt. Aber unsere Arbeiter sind schon selbständig genug, um zu wissen, daß jetzt nur eine Schranke auf Seiten der direkten Steuern gezogen werden soll, um sie nachher bei den indirekten zu erweitern, und das trifft wieder sie. Glücklicherweise hat der Minister auch schon selbst Mittel gegeben, um das bisher so brauchbare Schreckgespenst des Exzessors zu tödten. Es liegt in dem Paragraphen über die Berücksichtigung der Reklamationen, und ich stimme daher mit dem Abg. Sobrecht überein, daß die Abschaffung dieser freien Stufen besonders in den Landkreisen gewünscht wird, und daß erhebliche Unzulänglichkeiten entstehen würden, wollten wir auf diesem Gebiete weitergehen. Der ganze Fehler der jetzigen Situation besteht darin, daß Ihre Träume von 1861 nicht festgelegt genug hatten, um die Ungerechtigkeit gegen den Grundbesitzer abzuwehren. Unsere Freunde Jung, Richter, Bendler, v. Gerverde, Jordanbeck waren es (Auf rechts: Nicht wahr!) — damit sind Sie leicht bei der Hand, aber es ist doch so —, die gegen die Grund- und Gebäudesteuer gestritten haben. Das ist auch eine Abzugsache, daß der Grundbesitzer bei der konservativen Partei keine Stütze hat. Die Reformen, die aus den bürgerlichen Kreisen verlangt werden, wollen Sie ja nicht, wenigstens nicht auf den Grundlagen, die jene vorschlagen. — Ich würde nun gerne noch an dem Zustandekommen des Gesetzes mitarbeiten, wenn nach den Ausführungen des Herrn Ministers wenigstens die Rechte der Volksvertreter und der Wähler unangetastet blieben. Aber die Vorlage enthält eine Verminderung der Rechte der Volksvertretung und eine Vermehrung der diskretionären Befugnisse des Ministers, und die Rechte der Wähler können doch nur durch die Rechte der Volksvertretung eine Sicherheit haben. Auch mir sind die Erklärungen des Herrn Ministers, die er Herrn Windthorst gab, nicht genügend gewesen. Wie ich ihn verstanden habe, sprach er von einer Abschaffung der Matrularbeiträge, und steht ja so auf demselben Standpunkte, wie der Herr Reichsminister. So liegt die Gefahr sehr nahe, daß bei der ersten Gelegenheit die Matrularbeiträge abgeschafft werden, und ich will daher dem Kollegen Windthorst zwar zur Seite stehen, wo es gilt, für Aufrechterhaltung dieser Grundsätze einzutreten. Erst vor wenigen Jahren haben wir durch Kabinettsordre das aktuelle Bemessungsrecht erhalten, und jetzt erklärt der Herr Finanzminister, daß es nur mit Rücksicht auf die preussischen Reichstagsmitglieder gegeben sei. Ich war damals Referent und kann nur erklären, daß das Gesetz ein dauerndes sein und jedesmal in Wirksamkeit treten sollte, wenn Nebeneinnahmen in Preußen zu verzeichnen wären; Vertreter der Regierung war der jetzige Finanzminister, damals Geh. Ober-Regierungsrath Scholz. Dieses Recht der Vertretung darf nicht zurückgenommen werden, nachdem die Regierung die 38 Millionen inne hat: denn es ist ein wenig glückliches Mittel, um das Vertrauen gegen die Regierung im Lande zu erwecken. — Herr v. Zedlitz denkt nun gar so klein von unserer historischen Entwicklung, daß er Kaiser und Reich auf das Nichtvorhandensein der Quotifizierung zurückführt. (Abal rechts.) Aber der Herr Minister hat doch selbst gesagt, es handle sich dabei immer nur um Lumpereien (Heiterkeit links), und gewiss, die Militär-Organisation von 1864 wäre auch ohne das zu Stande gekommen, und in noch weiterem Umfange, wenn nicht eine Verletzung des Rechtes vorgekommen wäre. Und auch ich meine, eine Volksvertretung, die es wagen wollte, an unserer Herrschaft zu rütteln, müßte weggeschafft werden. (Bravo rechts.) — Wenn der Abg. Wagner von Demagogie spricht, so frage ich ihn, was ist mehr Demagogie, wenn man Versprechungen macht und sie nicht hält, oder wenn man den Leuten sagt, laßt Euch nichts versprechen, es wird doch nicht gehalten. Nun sind die Erleichterungen versprochen oder nicht? Das hat uns so schmerzlich berührt, daß man nicht offen mit der Sprache hervorging und seine ehrliche Politik mit uns trieb, wie wir verlangen (Aachen rechts). Ja, lachen Sie darüber; wenn man aber die Geschichte einmal untersucht, wer die wahre Demagogie getrieben hat, bin ich über ihr Urtheil nicht zweifelhaft. — Von Seiten des Herrn Ministers wird immer von einer Begünstigung der ärmeren Klassen gesprochen, aber unsere ganze Sozialpolitik hat mit der Besteuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse begonnen. (Sehr wahr links.) Damit bleiben Sie uns also vom Halse, unser Patriotismus liegt in der Geschichte Preußens, die alten Konservativen aus früherer Zeit würden sich jetzt gewiß vor den Kopf schlagen und fragen, wo sind wir da hingekommen. (Große Heiterkeit!) Jedenfalls glaube ich, daß dies Gesetz ohne alle Verdächtigungen mit jener Ruhe und Umsicht viel besser besprochen werden würde, die so vortheilhaft in den Zeiten der absoluten Monarchie sich zeigte. Damals lag unsere ganze Politik der allgemeinen Staatswohlthat zu Grunde. Bei unserem jetzigen Partei-Parlamentarismus ist nicht der geeignete Moment dazu; es ist sehr leicht, die Massen zu erregen, sehr schwer die Gluth wieder zu löschen. Ich kann daher nur dringend bitten, daß wenigstens in der Kommission mit dieser so notwendigen Ruhe und Umsicht verhandelt werde. (Lebhafter Beifall links, Zwischen links.)

Minister v. Scholz: Wenn ich nicht den Wünschen des Abg. Richter gemäß sofort zur Verteidigung eines angegriffenen Beamten eintrat, so geschah dies, weil ich ihm zunächst nicht den Schmerz bereiten wollte, der so lange gewartet hatte zu Worte zu kommen, ihn noch länger hinzuhalten. (Unruhe. Abg. Richter: Das sagt ein Minister!) Ich bin doch nicht gezwungen, meine Bemerkungen vor oder nach dem Abg. Richter zu machen. Was nun die Angriffe auf die Berliner Einschätzungskommissionen betrifft, so wollen Sie doch nicht für den Minister eine Pflicht konstatieren, dafür einzutreten, dann hätte ich doch noch viel mehr die Pflicht, dem unqualifizirbaren Vorgehen gegen unsere Landräthe entgegenzutreten. Was Sie thun, ist erlaubt (sehr richtig! rechts). Abg. Richter: Hat Niemand gesagt!, was wir thun, nicht. Sie haben sich nun den Weg selbst verlegt. (Abg. Richter: Wer denn?) Herr Richter, solche parlamentarische Unterbrechungen sind mir unangenehm und ich kann in der Art nicht vorgehen. (Sehr richtig! rechts. Unruhe links. Glocke des Präsidiums.)

Präsident v. Köller: Herr Richter, ich muß Sie allerdings dringend bitten, diese Unterbrechungen zu unterlassen.

Minister v. Scholz: Mein Amt verpflichtet mich nicht, ohne Veranlassung eine Verteidigung zu übernehmen; wohl aber werde ich in dem Augenblicke, da einer der Herren hier einen Beamten mit Namen nennt, davon Notiz nehmen und das Resultat der anzukündigenden Untersuchung dem Hause vorlegen. In seinen übrigen Ausführungen betont der Abg. Richter, daß wir bei der Interpretation der Resolution

von 1883 den Standpunkt geändert hätten. Aber selbst dem Abg. Sobrecht gegenüber behauptet er, daß das hohe Haus in jener Resolution nur das auf Zinsen geliebene Geld gemeint hat. Daß so wenig Resultate bei dieser dreitägigen Debatte zu Tage getreten seien, will mir nicht scheinen. Herr Richter hat gesagt, daß die Herren, welche die Vorlage bearbeitet haben, in anderer Richtung als die Regierung vorgegangen seien, und daß die Vorlage natürlich sehr mangelhaft und unbefriedigend sein müsse. Nun, Herr Richter rühmt sich doch immer, womöglich noch altpreussischer zu sein, als die Regierung. Diese Anhänglichkeit ist für mich immer ein Gegenstand der Sympathie. (Heiterkeit rechts.) Aber hier spricht ein Altpreuße soviel für die Volksvertreter und ist mit verantwortlichlichen Ministern einverstanden. Ich bin außerordentlich glücklich, daß die ganze Vorlage in vollster Uebereinstimmung mit meinen Raths zu Stande gekommen ist und kann namentlich den Herrn Generalsteuerdirektor nur loben. An Brauchbarkeit kann ich selber ihn nicht übertreffen. (Bravo rechts.) — Die Regierung soll nun überhaupt wieder auf die indirekten Steuern zurückkommen wollen! Gewiß, sie hat ja dieses Ziel noch gar nicht aufgegeben und im vollsten Einverständnisse mit dem Herrn Reichsminister, diese Vorlage ist auch nur eine Seitenbewegung. Die Schwierigkeit für uns lag nun darin, daß das Abgeordnetenhaus eigentlich keine einheitliche Körperlichkeit ist und so auch die betreffende Resolution von 1882 nur einen Kompromiß zwischen Ihnen selbst darstellt, über den leicht einer oder der andere abweichende Meinungen haben kann. So ist die Regierung in gar keinem Widerspruch befangen. — Auch über die Deklarationspflicht hat Generalsteuerdirektor Burghardt nur ausgeführt, warum wir dieselbe für das Einkommen aus Kapitalrenten fordern, weil wir sie dort für am nothwendigsten und leichtesten durchführbar ansehen und daß wir sie nicht auch da einführen wollen, wo wir sie für sehr schwierig und unheilvoll halten. Die Regierung hält die Abschaffung der 3. und 4. Steuerstufe für eine Nothwendigkeit. Die Zuschriften, die Herr Richter gegen die Aufhebung der 4. Stufe erhalten und deren Urheber wir ja nicht kennen, können dagegen doch wenig Werth haben. (Unruhe links, Heiterkeit rechts.) Glücklicher und wirksamer war Herr Richter in der Behandlung der politischen Rechtsfragen. Er hat an meine unschuldige akademische Betrachtung über die Matrularbeiträge angeknüpft und sucht damit bei dem Abg. Windthorst ein Gefühl der Beunruhigung anzuregen, da er fürchtete, Herr Windthorst habe sich schon beruhigt. (Heiterkeit.) Natürlich muß Herr Richter, als einem Gegner der Resolution und dieser Vorlage, daran liegen, den Führer einer großen Partei gegen eine Vorlage zu bestimmen. Ich habe aber von einer aktuellen Politik der Regierung in dieser Frage gar nicht gesprochen, sondern nur meine eigene theoretische Anschauung ausgesprochen. — Abg. Richter hat mir vorgeworfen, ich hätte jetzt als Minister andere Anschauungen, wie früher als Regierungskommissar. Das bedeutet nichts. Ich habe mich 1870 als Abgeordneter der konservativen Partei angeschlossen und habe dann unter einem nichtkonservativen Minister gearbeitet, dessen Vorlagen ich natürlich vor Ihnen vertreten und verfochten habe. Ein solches Unterordnen der eigenen Auffassung unter die der Regierung muß ich von jedem Regierungskommissar fordern. (Sehr richtig! rechts.) Es darf mir nicht darauf ankommen, was die Herren damals über die Auffassung des 2. Scholz gedacht haben. Meine erste Rede von diesem Tische aus war gegen die Aufhebung des Schulgeldes gerichtet. Wir werden nun bald ein Schulgesetz erhalten (Hört! Hört!) dessen erste Bestimmung die Freigabe des Schulgeldes ist. Man darf mir dann doch aber nicht meine erste hier gehaltene Rede vormerken. — Eigenthümlich ist, daß Herr Richter ohne Quotifizierungsgesetz der Konstitutionalismus nur als Scheinwesen gilt. Wir haben doch sehr lange Zeit ohne ein solches Gesetz gearbeitet. Eine Beschränkung des Wahlrechts der Zensiten der 3. und 4. Stufe will die Regierung keineswegs. Sie auf der Linken geriren sich stets so, als ob sie die Vertreter dieser Zensiten wären — nein das Gegentheil ist der Fall. Wollten wir eine politische Beeinflussung der Zensiten zu Gunsten der Regierung, so müßten wir eher die Rechte der 3. Stufe erweitern. (Windthorst ruft: Bravo, bravo!) In dem Bezirke, in dem ich wähle, war bei der Wahl die Majorität der 3. Klasse für die Konservativen, in der 2. Klasse war das schon weniger der Fall, in der 1. war ich der einzige konservative Wähler. (Heiterkeit.) Nehmlich steht es im ganzen Lande; nur da wo Konservativen und Zentrum gegenüberstehen, tritt die 3. Klasse mehr für das Zentrum ein. Die Zentrumsparthei tritt daher natürlich ebenfalls gegen eine Wahlbeeinträchtigung jener Zensiten auf. (Beifall rechts.)

Abg. v. Eyermann: Nach dieser bedeutsamen Rede des Herrn Finanzministers, die ja heute eine Beleuchtung nicht mehr finden kann, und da diese linke Seite des Hauses fast noch gar nicht zu Worte gekommen (Oh! rechts.) Ja, es hat der Finanzminister dreimal, dann nach der Regierungskommission 5 Mal, das Zentrum 4 Mal gesprochen, während von der Linken nur drei Redner zu Worte gekommen sind. Eine eingehende Beleuchtung der Vorlage ist also von unserer Seite noch gar nicht erfolgt. Der Schluß der Diskussion würde ein richtiges Bild über die Stimmung des Hauses unmöglich machen. Aus diesen Gründen beantrage ich Vertagung der Diskussion. Benutzen Sie Ihre Majorität nicht, um uns die Diskussion abzuschneiden.

Präsident v. Köller: Sie dürfen wohl Vertagung beantragen, Herr v. Eyermann eine Motivirung des Vertagungsantrages gestattet die Geschäftsordnung aber nicht. (Beifall rechts.)

Der Schluß der Diskussion ward hierauf auf Antrag des Abg. Minnigerode angenommen. Dafür stimmen die Konservativen und ein großer Theil des Zentrums.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst erwidert dem Abg. Richter, daß die Zentrumsfraktion durchaus einig sei in der Forderung konstitutioneller Garantien. Abg. Richter der selbst drei Verfassungsbestimmungen mit gestrichen habe, habe nicht das Recht, dem Zentrum einen solchen Vorwurf zu machen.

Abg. Richter: Als ich Herrn v. Scholz unterbrach — ich glaube dies zu dürfen, da Herr v. Scholz den Abg. Richter sechsmal unterbrochen hat — wollte ich ihn bitten, die Anlage, wir hätten Angriffe auf die Landräthe unternommen, zu substantiieren. — Wenn ich von der Furcht des Abg. Cremer sprach, so meinte ich, bei Namensnennung müsse er befürchten, der Erhebung falscher Anlage überführt zu werden.

Abg. Cremer: Wenn Abg. Richter mein Vorgehen gegen die Berliner Einschätzungskommission unerhört nennt, wie soll ich es bezeichnen, daß er im Reichstage in einer Rede von der Korruption der Beamten ganz allgemein sprach? Ich erwarte eine Untersuchung der Dienste, die ich hier vorgebracht habe. Ich fürchte durchaus nichts für meine Person, schulde aber meinen Gewährsmännern Diskretion.

Abg. Dr. Wagner: Ich muß mich gegen die persönlichen Invektiven des Abg. Richter wenden. Er hat mir vorgeworfen, meine Theilnahme an den Kommissionsarbeiten sei gering gewesen und ich sei am wenigsten zu einem Urtheil über die kapitalistische Presse kompetent. Ich bemerke darauf, daß ich nicht allein der Politik leben kann, ich bin am Abend daher oft sehr abgelenkt. Was meine Kompetenz anbetrifft, so verweise ich darauf, daß meine Spezialitäten Bank- und Finanzwesen sind. Ich bin oft als Sachverständiger von Behörden und Zeitungen herangezogen worden, so z. B. vom Abg. Dr. Meyer-Breslau. Auch habe ich in der „Börse-Zeitung“ (Heiterkeit links), „National-Zeitung“ und „Freie Presse“ Themata, in denen ich kompetent bin, behandelt. Der Leiter des russischen Finanzwesens hat aus meinen Büchern überseht. (Heiterkeit.) Mögen Sie über meine Kompetenz denken, wie Sie wollen; die konservative Partei weiß es, daß ich Herren auf der Gegenseite gelegentlich abzuführen verhebe. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst: Ich habe durchaus, wie mein Freund v. Schorlemer-Alst, konstitutionelle Garantien verlangt. Das Zentrum verlangt und fordert diese so energisch, wie irgend eine Partei.

Abg. Dirichlet: Als Abgeordneter Cremer behauptete, ein

Betrunkener, der seine Zensiten „angepumpt“ habe, sei hier zum Vorsitzenden einer Einschätzungskommission gewählt worden, warf ich die Frage dazwischen, was Herr v. Minnigerode sagen würde, wenn wir ähnliche landräthliche Personalien vorbrächten. Ich könnte Ihnen sagen, daß ich schon öfters die Ehre hatte, Landräthe mindestens angeheitert zu sehen. (Heiterkeit.)

Abg. Richter bedauert, daß Herr v. Scholz sich bereits entfernt hat. Der Minister habe eigentlich nur das belächelt, was Redner nicht gesagt habe. Redner sucht dies im Einzelnen nachzuweisen und bemerkt dabei, daß Herrn Burghardts Meinung, die vier Mal geändert worden, doch nicht so viel bedeuten könne, als die Ueberzeugung eines politisch unabhängigen Mannes. — Was Herr Cremer sage, sei ihm gleichgültig; das Haus werde wissen, daß er solche allgemeine Beschlüsse nicht so leicht hieher ihm vorgeworfen, ohne Beweis niemals erhebe.

Abg. Richter: Wenn Jemand so schwere Beschuldigungen vor der Öffentlichkeit erhebt, wie Abg. Cremer, so muß er sie auch vor demselben Forum vertreten, vor dem sie erhoben sind. Und wenn die Hintermänner des Herrn Cremer mit ihrem Namen so furchtsam zurückhalten, sind sie so erbärmliche Kammerkerle. (Oh! rechts.)

Präsident v. Köller: Das war keine persönliche Bemerkung!

Abg. Richter: Nein, das weiß ich. (Große Heiterkeit.)

Abg. Cremer: Herr Richter werden meine Hintermänner schon zeigen, daß sie ihm gegenüber auch Vordermänner werden können. Angeheiltere Landräthe giebt es wohl; denn wenn Herr Dirichlet spricht, dann lachen die Landräthe, die im Hause sind, sammt und sonders. (Rufe: Au, au!)

Abg. Richter erklärt von einer Beamten-Korruption im Sinne einer Aeußerung des Ministers v. Scholz gesprochen zu haben, daß nämlich Beamte, die politisch nicht freie Ueberzeugung haben dürften, korruptirt würden.

Abg. Richter: Nicht vor mich sollen die Hintermänner des Herrn Cremer treten, sondern vor die Öffentlichkeit. Wenn die Hintermänner sich als erbärmliche Kammerkerle (Unterbrechung des Präsidenten). Ich kann diese Worte gebrauchen, da Herr Cremer entgegen jedem parlamentarischen Gebrauch auf meine vorher gesandte Aeußerung zurückkommen dürfte.

Präsident v. Köller: Ich muß Sie bitten, eine Kritik meines Verfahrens zu unterlassen. Dazu haben Sie nicht das Recht.

Abg. Richter: Ich habe nicht kritisiert, ich habe nur konstatieren wollen, daß Abg. Cremer auf eine zensirte Aeußerung zurückgekommen ist.

Abg. Cremer: Ich verwahre mich dagegen. Ich habe nur gesagt, die Hintermänner.

Abg. Richter: Jetzt kann er wieder darauf zurückkommen.

Präsident v. Köller: Herr Cremer, das ist keine persönliche Bemerkung.

Abg. Richter: Endlich!

Abg. Cremer: Wenn sich die Zensur des Herrn Präsidenten nicht nur auf das Beiwort, sondern auch auf den Ausdruck „Hintermänner“ bezog, habe ich Nichts mehr zu sagen.

Die Vorlage wird hierauf an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Nach unwesentlicher Diskussion wird der Gesetzentwurf zur Abänderung des § 2 des Gesetzes über die Verwaltung des Staatsschulwesens in erster und zweiter, der Gesetzentwurf über die Haftung der Versicherungsgelder für die Ansprüche der Inhaber von Privilegien und Hypotheken im Bezirke des ehemaligen Appellationsgerichtshofes zu Köln in zweiter Beratung angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. Tagesordnung: Antrag Reichensperger wegen Wiederherstellung der aufgehobenen Verfassungartikel.

Schluß 4½ Uhr.

## Pocales und Provinzielles.

Posen, 18. Januar.

r. Grund- und Gebäudesteuer. Zur Grundsteuer waren in der Stadt Posen pro 1882/83 119 Grundstücke mit 330,08 M. veranlagt. Zur Gebäudesteuer waren veranlagt: 2140 Gebäude (gegen 2148 im Vorjahr) zu 4 pSt. vom Nutzungswerth, 1005 Gebäude (gegen 988 im Vorjahr) zu 2 pSt. vom Nutzungswerth; 368 Gebäude (gegen 361 im Vorjahr) waren steuerfrei. Das Gebäudesteuer-Soll betrug für 1882/83 213,196,90 M., d. h. 1058,80 M. mehr als im Vorjahr.

r. Der Vorstand des polnischen Volksbibliothekenvereins hatte eine Konkurrenz für die beste Volkszählung ausgeschrieben. Von den 9 Erzählungen jedoch, welche eingegangen sind, ist nach einstimmigem Beschlusse der mit der Beurtheilung beauftragten Kommission keine einzige als entsprechend den Konkurrenz-Bedingungen und demnach auch nicht als der Prämierung würdig erachtet worden.

## Telegraphische Nachrichten.

Wien, 17. Jan. Bei der Ersatzwahl zum Abgeordnetenhaus im ersten Winterschen Wahlkreise sind nach amtlicher Feststellung 165 Stimmen abgegeben worden. Davon erhielt Amtsrichter Weihe in Zedlben (konservativ) 90, der Gegenkandidat Frhr. Max v. Seeremann (ultramontan) 75 St. Amtsrichter Weihe ist demnach gewählt.

Wien, 16. Jan. Im Handelsministerium fand, wie die „Presse“ meldet, eine Konferenz mit den Delegirten des Verwaltungsraths der Prag-Duxer Bahn in der Angelegenheit der Fusion dieser Bahn mit der Dux-Bodenbacher Bahn statt. Die Delegirten erklärten, demnach ein neues Fusionsprojekt vorlegen zu wollen, in welchem die der Fusion bisher entgegenstehenden Schwierigkeiten berücksichtigt würden.

Wien, 17. Jan. Der neue italienische Botschafter für Petersburg, Graf Greppi, welcher während seines hiesigen Aufenthalts den Minister Ralnoy, den italienischen Botschafter Grafen Robilant und den russischen Botschafter Fürsten Lobanoff besuchte, begiebt sich heute Abend nach Berlin, und wird von dort nächsten Montag seine Reise nach Petersburg fortsetzen. Wie die „Polit. Korresp.“ meldet, reist Graf Greppi über Berlin, um dem Staatssekretär des Auswärtigen, Grafen Szafelsky, und dem italienischen Botschafter, Grafen de Saunay, Besuche abzustatten.

Wegen des am 30. v. M. in der Kirche von Favoriten vorgekommenen Exzesses wurden heute ein Arbeiter zu 4 1/2-jähriger und zwei andere Arbeiter zu 3 1/2-jähriger Kerkerstrafe verurtheilt.

Stockholm, 17. Januar. Der Reichstag ist heute vom Könige mit einer Thronrede eröffnet worden, in welcher es unter Anderem heißt, da die im letzten Jahre eingebrachten Vorlagen, betreffend die Veränderungen im Steuerwesen und die Umbildung des Vertheilungswesens, vom Reichstage nicht angenommen worden seien, so würden nun nur die allernothwendigsten Gesetzentwürfe vorgeschlagen werden. Angekündigt werden Vor-



lagen, betreffend die Einführung einer billigeren Portotaxe für Postsendungen und eine größere Reduzierung der Kassezölle. — Zum Präsidenten und zu Vizepräsidenten wurden dieselben Abgeordneten, wie im letzten Jahre ernannt. Das Budget pro 1885 weist einen Ueberschuß von 1,866,820 Kronen auf.

**London, 16. Jan.** In dem Prozesse gegen Wolff und Bonburand wurde heute das Zeugenverhör fortgesetzt und schließlich am morgen vertagt.

**Petersburg, 16. Jan.** Dem Vernehmen nach beabsichtigt das Kommunikations-Ministerium, die Eisenbahnbauten im fiskalischen Interesse künftig durch Eisenbahn-Bataillone ausführen zu lassen und den Chef des Militär-Eisenbahnwesens, General Annenkov, mit der Bauleitung von ca. 3000 Werst geplanter Eisenbahnlinien zu beauftragen. Wie aus Kiew gemeldet wird, soll behufs Beendigung des im vorigen Jahre begonnenen Baues der Polessje-Bahn anfangs April je ein Eisenbahn-Bataillon von Kiew, Riga und Warschau beordert werden, welche die Arbeiten zum 1. Oktober beenden sollen.

**Petersburg, 17. Januar.** Graf Herbert Bismarck ist gestern hier eingetroffen. — Dem Vernehmen nach ist das Ministerium des Innern bei dem Reichsrathe behufs Verbesserung des russisch-chinesischen Postverkehrs um Erhöhung der für den russischen Postverkehr zwischen Kiachta und Tientsin ausgesetzten Jahreslimitums auf 22,500 Silberrubel und Kreirung des Amtes eines Traktatsehers vorstellig geworden. — Meldungen hiesiger Zeitungen zufolge hat der Reichsrath bei Durchsicht des Budgetvoranschlags pro 1884 die von der Hauptartillerieverwaltung bei verschiedenen Gewehrfabriken zu stellende Anzahl von Verdan-Gewehren von 95,000 auf 72,000 herabgesetzt. — Wie hiesige Zeitungen wissen wollen, ist der Entwurf einer neuen Wechselordnung nunmehr fast vollendet und würde in Kurzem zu Stande kommen zur Sanction eingebracht werden.

**Washington, 16. Jan.** Dem Repräsentantenhause ist eine Bill zugegangen, welche die Regierung zu der Ausgabe zweiprozentiger Obligationen ermächtigt und die Deponirung dieser Obligationen den einheimischen Banken als Garantie für die Notenzirkulation gestattet. Die Bill erlaubt auch die Besteuerung der Notenzirkulation, sofern diese Obligationen ihr als Garantie dienen. — In einer Unterredung zwischen dem Staatssekretär Freelinghuyzen und einem Mitgliede des Repräsentantenhauses empfahl der letztere Behutsamkeit in die Frage der Retorsionsmaßregeln mit dem Bemerken, man müsse abwarten, ob die einfache Beantragung solcher Maßregeln nicht eine hinreichende Wirkung hervorbringen werde, ohne die Gesetzgebung selbst in Anspruch zu nehmen.

**Agram, 17. Jan.** Die Nationalpartei hat die Anträge des Ausschusses auf Verschärfung der Hausordnung, wonach ein vorerst auf acht Tage ausgeschlossener Abgeordneter bei der nächsten Veranlassung für die ganze Landtagsperiode ausgeschlossen und in derselben Periode nicht mehr wählbar ist, angenommen.

**Paris, 17. Jan.** Die Petitionskommission beschloß die Inbetrachtung einer Arbeiterpetition an Drifson und bestimmte zur Verathung darüber und zur Interpellation Langlois über die Wirthschaftskrisis den 24. Januar. — Der „Temps“ konstatiert, es gebe keine Krisis; die Pariser Industrie sei beschäftigt, als im Vorjahre. Die betriebene Agitation sei das Werk einiger politischer Figuren, die davon lebten. — Der Pariser Rutscher, der Strike der Marseiller Matrosen, sowie der Geizer haben nachgelassen.

**Madrid, 17. Jan.** Die Kammer nahm den Gegenentwurf zur Ehrenrede-Adresse mit 221 gegen 126 Stimmen an. Für denselben stimmten die Anhänger Sagasta's, dagegen die Republikaner, die Konservativen und die dynastische Linke. Das Cabinet wird demnach voraussichtlich demissioniren. Die Entscheidung darüber wird erst morgen getroffen werden.

**Triest, 17. Jan.** Der Lloyd-Dampfer „Apollo“ ist heute aus Konstantinopel hier eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.

Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

#### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
17. Nachm. 2	760,3	N mäßig	bedeckt	+ 7,7
17. Abds. 10	763,4	N mäßig	bedeckt	+ 3,8
18. Morgs. 6	765,1	NW schwach	bedeckt	+ 2,2

Am 17. Wärme-Maximum: + 8° Cels.

Wärme-Minimum: + 3° 5

#### Wasserstand der Warthe.

Posen, am 17. Januar Morgens 1,72 Meter.  
17. „ „ Mittags 1,76 „  
18. „ „ Morgens 1,86 „

#### Telegraphische Börsenberichte.

##### Fonds-Course.

**Frankfurt a. M., 17. Jan.** (Schluß-Course.) Fest.  
Lond. Wechsel 20,38. Pariser do. 81,00. Wiener do. 163,37. R.-M. S.-M. — Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 107,4. R.-M.-W.-Anth. 126,4. Reichsanl. 102,4. Reichsbank 148,4. Darmst. 150,4. Meining. Bl. 92,4. Dett.-ung. Bank 704,00. Kreditaktien 258,4. Silberrente 67,4. Papierrente 66,4. Goldrente 84,4. Ung. Goldrente 74,4. 1860er Loose 119,4. 1864er Loose 313,80. Ung. Staatsl. 219,50. do. Obbl. 11,97,4. Böhm. Westbahn 257,4. Elisabethb. —. Nordwestbahn 156,4. Galizier 247,4. Franzosen 269,4. Lombarden 119,4. Italiener 91,4. 1877er Russen 89,4. 1880er Russen 70,4. II. Orientanl. 56. Zentr. Pacific 111. Disconto-Rommanit —. III. Orientanl. —. Wiener Bankverein 93,4. 5,2 österr. Reichsbank-Papierrente —. Buschterader —. Egvpter 66,4. Gotthardbahn 87,4.

**Türken — Edison 108,4. Silber — Blicher 153. Rother Eisenwerke — Marienburg-Mlawka —.**  
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 258,4. Franzosen 269,4. Galizier 247,4. Lombarden 119,4. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —. Egvpter 66,4. Gotthardbahn —. Spanier —. Marienburg-Mlawka —. 1880er Russen —.

**Wien, 17. Jan.** (Schluß-Course.) Fest.  
Papierrente 79,52,4. Silberrente 80,10. Oesterr. Goldrente 100,25. 6-proz. ungarische Goldrente 121,30. 4-proz. ungar. Goldrente 88,72,4. 5-proz. ungar. Papierrente 86,40. 1854er Loose 123,00. 1860er Loose 138,00. 1864er Loose 169,00. Kreditlose 170,20. ungar. Prämien 112,80. Kreditaktien 298,60. Franzosen 318,80. Lombarden 142,50. Galizier 293,00. Kasch.-Oderb. 145,50. Pardubitzer 148,50. Nordwestbahn 185,50. Elisabethbahn 227,50. Nordbahn 2540,00. Oesterr.-Ung.-Bank —. Türkl. Loose —. Unionbank 110,30. Anglo-Austr. 114,50. Wiener Bankverein 105,80. Ungar. Kredit 286,20. Deutsche Plätze 59,35. Londoner Wechsel 121,15. Pariser do. 48,10. Amsterdam do. 100,10. Napoleons 9,61. Dukatens 5,69. Silber 100,00. Marknoten 59,35. Russische Banknoten 1,17. Zemburg-Germowit —. Kronpr.-Rudolf 175,20. Franz-Josef —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westb. —. Elbthalb. 200,20. Tramway 291,70. Buschterader —. Oesterr. Egvpter 94,15.

**Nachbörse:** Ungar. Kreditaktien 296,25. österr. Kreditaktien 298,60. Franzosen 318,50. Lombarden —. österr. Papierrente —. Silberrente —. 4-proz. ungar. Goldrente 88,75. Galizier 293,00. Elbthalbahn —. Nordbahn —. 5-proz. österr. Papierrente —. Fest.  
**Wien, 17. Jan.** (Abendbörse.) Ungarische Kredit - Aktien 299,50. österr. Kreditaktien 301,75. Franzosen 319,40. Lombarden 143,10. Galizier 294,50. Nordwestbahn 186,00. Elbthal 201,50. österr. Papierrente 79,55. do. Goldrente 100,40. ungar. 6 pSt. Goldrente 121,35. do. 4 pSt. Goldrente 88,87,4. do. 5 pSt. Papierrente 86,50. Marknoten 59,35. Napoleons 9,61. Bankverein 106,50. Sehr fest.  
**Paris, 17. Jan.** (Schluß-Course.) Rente 76,52,4. 3-proz. amort. Rente —. 4,4 pSt. Anleihe 106,75. österr. Goldrente —. Italiener 91,05. Türken 8,70. Türkenloose —. Spanier 56,4,4. Egvpter 334,00. Ungar. Goldrente —. Lombarden —. Banque ottomane 652,00. Franzosen —. Rubig.

**Paris, 17. Jan.** (Schluß-Course.) Fest.  
3-proz. amortisirt. Rente 77,65. 3-proz. Rente 76,72,4. 4,4 prozentige Anleihe 107,05. Ital. 5-proz. Rente 91,45. Oesterr. Goldrente 84,4. 6-proz. ungar. Goldrente 101,4. 4-proz. ungar. Goldrente 74,4. 5-proz. Russen de 1877 91,4. Franzosen 665,00. Lombard-Eisenbahn-Aktien 313,75. Lombard. Prioritäten 291,00. Türken de 1865 8,75. Türkenloose 41,87,4. III. Orientanleihe —.  
Credit mobilier —. Spanier neue 56,4,4. Suezkanal-Aktien 1243. Banque ottomane 657. Credit foncier 1243,00. Egvpter 337,00. Banque de Paris 850. Banque d'escompte 506,00. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,17,4. 5-proz. Rumänische Anleihe —. Foncier Egvptien 540,00.

**London, 17. Jan.** Consols p. Febr. 101,4,4. Italien. 5-prozentige Rente 90,4. Lombarden 12,4. 3-proz. Lombarden alte 11,4. 3-proz. do. neue —. 5-proz. Russen de 1871 85,4. 5-proz. Russen de 1872 84,4. 5-proz. Russen de 1873 84,4. 5-proz. Türken de 1865 8,4. 4-proz. fundirte Amerik. 126,4. Oesterr. Silberrente 66,4. do. Papierrente —. 4-proz. Ungarische Goldrente 73,4. Oesterr. Goldrente 83,4. Spanier 57,4. Egvpter neue —. do. unif. 67,4. Ottomanbank 16,4. Preuß. 4-proz. Consols 100,4. Fest.  
Suez-Aktien 80.

**Wechselnotierungen:** Deutsche Plätze 20,60. Wien 12,25. Paris 25,40. Petersburg 22,4.

Silber 50,4. Vladivostok 2,4 pSt.  
Aus der Bank fließen heute 233,000 Pfd. Sterl.

**Petersburg, 17. Jan.** Wechsel auf London 23,4. II. Orientanleihe 92. III. Orientanleihe 92,4. Privatdiscont 6 pSt. Neue Goldrente 161,4.

**Newyork, 16. Jan.** (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 94,4. Wechsel auf London 48,4. Cable Transfers 4,86,4. Wechsel auf Paris 5,18,4. 3,4 prozentige fundirte Anleihe —. 4-prozentige fundirte Anleihe von 1877 124. Erie-Bahn-Aktien 24,4. Central-Pacific-Bond 111,4. Newyork Centralbahn-Aktien 111,4. Chicago- und North Western Eisenbahn 142.

Geld leicht, für Regierungsbonds 1,4. für andere Sicherheiten 1,4 Prozent.

##### Produkten-Markt.

**Rhein, 17. Jan.** (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 19,00. fremder 19,25. per März 17,80. per Mai 18,25. Roggen loco hiesiger 15,00. per März 13,85. per Mai 14,35. Hafer loco 14,50. Rübsöl loco 35,50. per Mai 34,50.

**Bremen, 17. Jan.** Petroleum. (Schlußbericht) besser. Standard white loco 8,55 bez., per Jan. — bez., per Febr. 8,55 bez., per März 8,65 bez., per April 8,75 bez., per August-Dez. 9,45 Br.

**Hamburg, 17. Jan.** (Getreidemarkt.) Weizen loco unveränd., auf Termine rubig, per Jan. 173,00 Br., 172,00 Gd., per Mai-Juni 175,00 Br., 174,00 Gd. — Roggen loco unverändert, auf Termine rubig, per Jan. 132,00 Br., 131,00 Gd., per Mai-Juni 132,00 Br., 131,00 Gd. — Hafer u. Gerste unverändert. Rübsöl still, loco 67,00, per Mai 67,00. Spiritus matt, per Januar 40,4 Br., Febr.-März 41 Br., per April-Mai 41,4 Br., per Mai-Juni 41,4 Br. — Raps rubig, Umsatz 2000 Sad. — Petroleum beh., Standard white loco 8,95 Br., 8,85 Gd., per Jan. 8,80 Gd., per Febr.-März 8,75 Gd. — Wetter: Trübe.

**Wien, 17. Jan.** (Getreidemarkt.) Weizen per Jan. 9,60 Gd., 9,70 Br., per Frühjahr 9,65 Gd., 9,70 Br. — Roggen per Frühjahr 8,07 Gd., 8,12 Br., pr. Mai-Juni 8,15 Gd., 8,20 Br., Mais per Mai-Juni 6,98 Gd., 7,03 Br. Hafer pr. Frühjahr 7,38 Gd., 7,43 Br., per Mai-Juni 7,45 Gd., 7,50 Br.

**Paris, 17. Jan.** Rohzucker 88° rubig, loco 46,75 a 47,00. Weißer Zucker rubig, Nr. 3 pr. 100 Kilogramm per Jan. 54,25, per Febr. 54,50, März-Juni 55,50, per Mai-August 56,50.

**London, 17. Jan.** An der Risse angeboten 4 Weizenladungen. Wetter: Kalt.

**London, 17. Jan.** Savannazucker Nr. 12 20,4 nominell. Centrifugal Ruba —.

**Liverpool, 17. Jan.** Baumwolle (Schlußbericht). Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner rubig. Surats stetig. Middl. amerikanische Jan.-Febr.-Lieferung 5,3,4. Febr.-März-Lieferung —. April-Mai-Lieferung 6,4,4. Mai-Juni-Lieferung 6,4. Juni —. Juli-August-Lieferung 6,4,4. d. August-Septem.-Lieferung 6,4,4. d.

**Liverpool, 17. Jan.** Baumwolle (Schlußbericht). Weitere Meldung. Upland und Orleans 4 d. billiger.

**Glasgow, 17. Jan.** Robeisen. (Schluß.) Mixed numbers war-rants 44 sh. 1,4 d.

**Amsterdam, 17. Jan.** Bancazinn 51,4.

**Amsterdam, 17. Jan.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine geschäftlos, per März —.

**Antwerpen, 17. Jan.** Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 21,4 bez. 21,4 Br., per Febr. 21,4 bz. Br., per März 21,4 bz. Br., per September-Dezember 23 Br. Fest.

**Petersburg, 17. Jan.** (Produktenmarkt.) Talg loco 71,00, per August 67,50. Weizen loco 12,75. Roggen loco 9,00. Hafer loco 4,60. Hanf loco —. Leinsaat (9 Pub) loco 15,50. — Wetter: Frost.

**Newyork, 16. Jan.** Baarenbericht. Baumwolle in Newyork 10,4, do. in New-Orleans 10,4. Raff. Petroleum 70 Prozent Abel Test in Newyork 9,4 Gd., do. do. in Philadelphia 9,4 Gd., rohes Petroleum in Newyork 7,4, do. Pipe line Certificat 1 D 10 C —. Mehl 3 D 50 C —. Rother Winterweizen loco 1 D 4 C, do. per Januar 1 D 4,4 C, do. pr. Februar 1 D 6 C, do. pr. März 1 D 8 C.

**Rais (New) — D. 62,4. O. Zuder (Fair refining Muscovades) 5,4. —**  
Kaffee (fair Rio) 12,4. Schmalz (Wilcox) 9,4. do. Fairb. 9,4. do. Robo u. Broders 9,4. Sved 8,4. Getreidekraft 4.

**Rio de Janeiro, 16. Jan.** Wechselkurs auf London 22, do. auf Paris —. Tendenz des Kaffeemarktes: Sehr fest. Preis für good first 5600. Kaffeefuhr in Rio während der Woche 19,000. Vorrath von Kaffee in Rio 300,000 Sad. Ausfuhr nach Nordamerika 70,000 Sad., do. nach dem Kanal und nach der Elbe 2000 Sad., do. nach dem übrigen Europa! 23,000 Sad. Wirklich verkauft seit dem letzten Telegramm 89,000 Sad.

##### Bromberg, 17. Januar. (Bericht der Handelskammer.)

Weizen feiner gesucht, hochbutt und glasig 182—185 Mark, geringere Waare vernachlässigt, mittlere Qualität 170—180 Mark, abfallende Qualität 160—165 Mark. — Roggen feiner Qualität begehrt, abfallende Qualität 140—142 Mark, feiner loco inländischer 140—142 Mark, gesunde und mittlere Qualität 135—137 Mark, flamm abfallende Waare mit Auswuchs 130—134 Mark. — Gerste nominell, Brauwaare 145—155 Mark, große und kleine Futtergerste 125—136 Mark. — Hafer loco 122—136 Mark. — Erbsen, Futterwaare 160—170 Mark, Futterwaare 144—148 Mark. — Rüben und Raps ohne Handel. — Spiritus, fest, pro 100 Liter à 100 Prozent 47,75—48,00 Mark. — Rubellurs 196,25 Mark.

##### Marktpreise in Breslau am 17. Januar.

Festsetzungen der städtischen Markts-Deputation.		gute		mittlere		geringe Waare	
		Ösch.	Nie-derdrift.	Ösch.	Nie-derdrift.	Ösch.	Nie-derdrift.
Weizen, weißer		19 80	18 80	17 60	17 40	16 40	16 00
do. gelber		18 —	17 10	16 60	16 10	15 60	14 60
Roggen	pro	15 40	15 20	14 50	14 20	14 —	13 80
Gerste	100	15 80	14 60	13 80	13 30	12 80	12 60
Hafer	Rilog.	14 —	13 60	13 20	13 —	12 60	12 30
Erbsen		18 50	17 50	17 —	16 —	15 50	15 —
Festsetz. d. v. d. Handelskam-mer eingef. Kommission		feine		mittel		ordin. Waare	
		R.	Pf.	R.	Pf.	R.	Pf.
Raps		29	40	27	40	25	40
Rübsen, Winterfrucht	pro	28	40	26	40	25	—
do. Sommerfrucht	100	28	—	26	—	25	—
Dotter		23	—	22	—	20	—
Schlaglein	Rilog.	22	50	21	—	18	50
Hansfaat		23	—	21	—	19	50

Rartoffeln, pro 50 Rgr. 3,00—3,25—3,50—3,75 Mark, pro 100 Rgr. 6—6,50—7—7,50 Mark pro 2 Liter 0,12—0,13—0,14—0,15 Mark. — Heu, per 50 Rgr. 3,10—3,40 Mark, — Stroh, per Schock à 600 Rgr. 23,00—25,00 Mark.

##### Breslau, 17. Januar. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)

Kleesaat rothe (per 50 Rg.) rubig, ordinär 45—47, mittel 48—50, fein 51—55, hochfein 56—59. — Kleesaat weiße (per 50 Rg.) unveränd., ordinär 55—65, mittel 66—80, fein 81—94, hochfein 95—100. — Roggen (per 2000 Pfd.) unverändert. Gefündigt. — Str. Abgelassene Rindungsfleische —, per Jan. 146,00 Br., per Jan.-Febr. 145 Br., per April-Mai 147,50 bez. u. Br., per Mai-Juni 149,00 Br. Gd., per Juni-Juli 151 Br., per Juli-Aug. 152 Br. — Weizen Gef. — Str., per Jan. 188 Br. — Hafer Gef. — Str., per Jan. 127 Br., per April-Mai 130 Br., per Mai-Juni 132 Br., Juni-Juli 136 Br. — Raps Gef. — Str., per Jan. 305 Br. — Rübsl rubig. Gefünd. — Str., loco in Quantitäten à 5000 Rg. 68,50 Br., per Jan. 66,50 Br., per Jan.-Febr. 65,50 bez., per April-Mai 67,00 Br. — Spiritus wenig veränd. Gef. — Str. per Jan. 48,30—48,50 bez. u. Gd., per Jan.-Febr. 48,30—48,50 bez. u. Gd., per April-Mai 49,60 Gd., per Mai-Juni 50,00 Gd. u. Br., per Juni-Juli 51,70 Gd., per Juli-August 52,00 Br., per August-Septbr. —. 3 in 1: (per 50 Rilo) fest.

##### Die Börse-Kommission.

**Breslau, 17. Jan., 9,4 Uhr Vormittags. (Privatbericht.)**  
Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von seiner Bedeutung, bei schwachem Angebot Preise unverändert.

Weizen bei mäßigem Angebot behauptet, per 100 Rilogr. schles. weißer 16,40—18,60—19,70 Mark, gelber 16,25—17,00—17,90 Mark, feinsten Sorte über Rotis bez. — Roggen feine Qualitäten preis-haltend, bezahlt wurde per 100 Rilogramm netto 14,50 bis 14,90 bis 15,50 Mark, feinsten über Rotis. — Gerste ohne Aenderung, per 100 Rilogr. 12,80—13,80 Mark, weiße 15,30 bis 16,00 Mark. — Hafer in rubiger Haltung, per 100 Rilogramm 12,30—13,30 bis 14,00 Mark, feinsten über Rotis bezahlt. — Mais schwach gefragt, per 100 Rilogramm 12,50—13,00—14,00 Mark. — Erbsen nur feine Qualitäten begehrt, per 100 Rilogr. 15,80—17,00—18,80 Mark, Bittoria 19,00—21,00—22,00 Mark. — Bohnen schwach gefragt, per 100 Rilogr. 18,00—19,00—20,00 Mark. — Lupinen in rubiger Stimmung, per 100 Rilogr. gelbe 8,60 bis 9,00 bis 9,30 Mark, blaue 8,40—8,80—9,20 Mark. — Wicken schwacher Umsatz, per 100 Rilo 14,00 bis 14,50 bis 15,00 Mark. — Delsaaten —. — Schlaglein schwach zugeführt, Schlagleinsaat per 100 Rilogr. 18,50—21—22,50 Mark. — Wintertraps, per 100 Rilogr. 26,75 bis 28,25 bis 29,40 Mark. — Wintererbsen per 100 Rilogramm 26,75 bis 28,25 bis 29,00 Mark. — Sommererbsen per 100 Rilogramm 26,00 bis 27,00 bis 28,00 Mark. — Leindotter per 100 Rilogramm 20,00—21,50—22,50 Mark. — Rapskuchen sehr fest, per 50 Rilogr. 7,50—7,70 Mark, fremde 7,00—7,40. — Leinskuchen unverändert, per 50 Rilogr. 8,50—8,80 Mark, fremde 7,40—8,20 Mark. — Kleesamen schwacher Umsatz, rother unverändert, per 50 Rilogr. 48—52—55—59 Mark, weißer mehr zugeführt, per 50 Rilogr. 65—75—85—96 Mark, hochfeiner über Rotis. — Schwebischer Kleesamen unverändert, per 50 Rilogramm 67—80—98 Mark. — Lannen-Kleesamen rubig, per 50 Rilogramm 60—67—72 Mark. — Thymothies rubig, per 50 Rilogramm 19—21—24 Mark.

**Stettin, 17. Jan.** Wetter: Trübe. + 5° R. Barometer 28,6. Wind: NW.

Weizen matter, per 1000 Rilogramm loco gelb und weiß 165—180 Mark, per April-Mai 179—178 Mark, per Mai-Juni 180,5—179,5 Mark, per Juni-Juli 181,5 Mark. Br., per Juli-Aug. 183,5—183 Mark bez. — Roggen etwas matter, per 1000 Rilo loco 131—141 Mark, geringer — Mark. Russ. — Mark, per April-Mai 144—143—143,5 Mark bez., per Mai-Juni 144,5—143,5—144 Mark, per Juni-Juli 145,5—145 Mark bez. — Gerste stille, per 1000 Rilogr. loco Märkische, Oberbruch und Pommerische 132—138 Mark, Futter- 124 bis 130 Mark, feine Brau- 143 bis 166 Mark. — Hafer stille, per 1000 Rilo loco 124 bis 140 Mark, per Mai-Juni — Mark. — Erbsen ohne Handel. — Wintertraps per 1000 Rilogr. loco — Mark, geringer — Mark bez. — Wintererbsen ohne Handel. — Rübsl begehrt, per 100 Rilogramm loco ohne Haß bei Kleinigkeiten 67 Mark. Br., per Januar 65,5 Mark. Br., per April-Mai 65,75 Mark. Br., per September-Oktober 63,5 Mark. Br. — Spiritus behauptet, per 10,000 Liter-pSt. loco ohne Haß 48 Mark bez., abgelassene Anmeldungen Lieferung ohne Haß — Mark bez., per Jan. 48,1 Mark. Br. u. Gd., per Jan.-Febr. —, per Febr.-März — Mark, per April-Mai 49,1—49 Mark, 49,1 Mark. Br. u. Gd., per Mai-Juni 49,7 Mark. Br. u. Gd., per Juni-Juli 50,5 Mark. Br. u. Gd. — Angemeldet — Zentner Weizen, — Zentner Roggen, — Zentner Hafer, — Zentner Rübsl, — Liter Spiritus, — Petroleum. — Regulirungspreise: Weizen — Mark, Roggen — Mark, Hafer — Mark, Rübsen — Mark, Rübsl 65,5 Mark, Spiritus 48,1 Mark. — Petro-leum loco 9,55—9,6 Mark tr. bez., Regulirungspreis 9,55 Mark tr., alte Ufsang 10,00 Mark trans. bez., do. per Januar — Mark. trans. bez., per Febr. — Mark. tr. bez. (Nähe-Stg.)



Wind: SW. — Wetter:

## Fonds- und Aktien-Börse.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark.  
1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.